



Rechtliche Unternehmensverantwortung – Vierteljährliches Update

Ausgabe 35, Juni 2020

Willkommen zu unserem vierteljährlichen Update „Rechtliche Unternehmensverantwortung“. Jedes Quartal beleuchtet dieses Update ein Schwerpunktthema sowie neue Entwicklungen im Bereich der rechtlichen Unternehmensverantwortung. Auf unserer englischen Webseite informieren wir im Abschnitt [“Corporate Legal Accountability”](#) objektiv und prägnant über Gerichtsverfahren gegen Unternehmen wegen mutmaßlicher Verstöße gegen die Menschenrechte.

Dieses Update und vorherige Ausgaben finden Sie auf [Englisch](#), [Chinesisch](#), [Französisch](#), [Deutsch](#), [Russisch](#) und [Spanisch](#) auf unserer Webseite.

Vierteljährliches Schwerpunktthema: Menschenrechtsverteidiger verteidigen: Strategien gegen juristische Schikanen in Südostasien

Die Arbeit von Menschenrechtsverteidiger*innen (Human Rights Defenders, HRDs), um von Unternehmen verursachte Schäden auf der ganzen Welt aufzudecken, war noch nie so wichtig. Im Angesicht der existentiellen Herausforderung einer globalen Pandemie wie [COVID-19](#), der Klimakrise, den Trends und Verschiebungen für die Zukunft der Arbeit sowie zunehmender Migration setzen sich HRDs für Fairness und Nachhaltigkeit in den Geschäftsaktivitäten von Unternehmen und auf den globalen Märkten ein. Tragischerweise denken einige Unternehmen anders. Anstatt zuzuhören und auf Grundlage der von HRDs bereitgestellten Informationen zu handeln, zieht eine wachsende Zahl von Unternehmen vor Gerichte, um [Menschenrechtsverteidiger*innen](#), die sie kritisieren, skrupellos mit Klagen zu schikanieren und zum Schweigen zu bringen. Über die letzten fünf Jahre haben wir einen durchschnittlichen Anstieg der gerichtlichen Schikanen gegen Menschenrechtsverteidiger*innen, die sich mit den Geschäftsaktivitäten von Unternehmen befassen, um 48% pro Jahr festgestellt.

Strategische Klagen gegen die Öffentlichkeitsbeteiligung (Strategic Lawsuits Against Public Participation – SLAPPs) werden häufig von Unternehmen eingesetzt. SLAPPs haben zum Ziel, das Rechtssystem zu manipulieren, indem sie als legitime Rechtsansprüche ausgegeben werden, um Gesetze (z.B. zu Verleumdung/Diffamierung) zu missbrauchen und so berechnete und geschützte Äußerungen oder Proteste ins Visier zu nehmen. SLAPPs können wirksam sein, wenn es darum geht, Kritiker*innen mundtot zu machen: Sie setzen auf den abschreckend hohen Kosten- und Zeitaufwand, den ein Rechtsstreit erfordert, und sie können Gefängnisstrafen und andere schädliche physische, finanzielle und psychologische Auswirkungen auf Menschenrechtsverteidiger*innen nach sich ziehen. Ebenso schwerwiegend ist, dass sie eine abschreckende Wirkung auf die freie Meinungsäußerung haben und legitime kollektive Maßnahmen zur Verteidigung der Rechte von Arbeiter*innen und Gemeinschaften stören. Die in diesem Briefing zusammengefassten SLAPPs richteten sich u.a. gegen:



- ein Gemeinschaftsmitglied, das sich wegen eines Facebook-Postings, in dem die Rechtmäßigkeit der Bergbauaktivitäten eines Unternehmens in Frage gestellt wurde, mit einer Strafanzeige konfrontiert sah,
- einen Journalisten, der wegen angeblicher Hassrede verhaftet wurde, nachdem er über einen Streit zwischen einer lokalen Gemeinschaft und einem Unternehmen geschrieben hatte, das eine Palmölplantage erschließt,
- ein führendes Gewerkschaftsmitglied, gegen das nach Veröffentlichung von Blog-Beiträgen über die Arbeitsbedingungen von Wanderarbeiter*innen eine Geldstrafe von 2,4 Millionen US-Dollar verhängt wurde.

Diese Vergeltungsklagen finden in einem breiteren Kontext gerichtlicher Schikanieung sowohl durch Unternehmen als auch durch Regierungen statt, darunter Kriminalisierung, missbräuchliche Vorladungen, willkürliche Festnahmen und Inhaftierungen sowie unfaire Gerichtsverfahren. Bei rund 40% der 2152 Attacken auf HRDs weltweit, die das Business & Human Rights Resource Centre zwischen 2015 und 2019 [verzeichnete](#), handelte es sich um gerichtliche Schikanen.

Dieses Jahresbriefing konzentriert sich auf **Südostasien**. Die Region hat sich zu einem globalen Hotspot für SLAPPs und andere gerichtliche Schikanen gegen Menschenrechtsverteidiger*innen entwickelt. Von hier gibt es viele Beispiele für Strategien sowohl der Schikanieung als auch der Verteidigung von HRDs. Zwischen 2015 und 2019 verzeichneten wir 127 Fälle gerichtlicher Schikanieung von HRDs in Südostasien. Von allen Attacken auf HRDs in Südostasien, die wir in diesem Zeitraum nachverfolgten (290), betraf also fast die Hälfte (44%) gerichtliche Schikanen. Gerichtliche Schikanieung scheint die bevorzugte Taktik von in Südostasien tätigen Unternehmen zu sein, um Menschenrechtsverteidiger*innen zu bestrafen oder zum Schweigen zu bringen. In mindestens 30 dieser Fälle wurde eine SLAPP-Klage eingereicht, in einigen Fällen [lediglich für einen Beitrag in den sozialen Medien](#).

Die COVID-19-Pandemie hat u.a. dazu geführt, dass Regierungen in Südostasien dazu übergegangen sind, den Informationsfluss zu kontrollieren, und dass Arbeiter*innen protestieren, die ohne Entschädigung entlassen wurden oder keine persönliche Schutzausrüstung erhalten. Dies schafft eine Situation mit hohem Risiko für weitere gerichtliche Schikanen gegen HRDs in der Region. In der Zwischenzeit wurden Prozesse und Anhörungen ausgesetzt und Gerichte geschlossen, sodass HRDs in einem juristischen Schwebezustand bleiben. Diese Entwicklungen deuten darauf hin, dass der Schutz von HRDs vor gerichtlichen Schikanen in Zeiten von COVID-19 wichtiger denn je ist.

Anwält*innen und Jurist*innen haben verschiedene Verteidigungsstrategien zum Schutz von HRDs vor SLAPPs entwickelt, mit einigen bemerkenswerten Erfolgen in Gerichtssälen in ganz Südostasien. Beispielsweise beriefen sich Anwält*innen in ihrer Verteidigung gegen SLAPPs, die in Thailand bzw. Malaysia vor Gericht gebracht wurden, erfolgreich auf Verfassungsnormen, um das Recht der Angeklagten auf freie Rede und Meinungsäußerung geltend zu machen. Auch Gegenklagen gegen Unternehmen, um den belanglosen Inhalt von SLAPPs aufzudecken und Schadenersatz für den erlittenen Schaden zu fordern, haben sich als wirksam erwiesen; und in Verfahren gegen Journalist*innen haben sich Anwält*innen auf sachliche Kritik (fair comment) und qualifizierte Privilegien als erfolgreiche Verteidigung gegen SLAPPs berufen. Gerichte in der Region haben eine entscheidende Rolle beim Schutz von HRDs vor SLAPPs gespielt, indem sie die verfassungsmäßigen Rechte von HRDs bekräftigt und die Bedeutung ihrer Arbeit für das öffentliche Interesse anerkannt haben; in einigen Fällen haben sie auch die beteiligten Unternehmen kritisiert.



Trotz ermutigender rechtlicher Entwicklungen in der Region zum Schutz vor SLAPPs, wie z.B. in Thailand, den Philippinen und Indonesien, haben Anwalt*innen und Jurist*innen von diesen Gesetzen und Verfahren nur begrenzt Gebrauch gemacht. Der Mangel an Anti-SLAPP-Rechtsrahmen weltweit und die eingeschränkte Anwendung solcher Gesetze, wo es sie gibt, bedeutet, dass Anwalt*innen nur begrenzte Instrumente zur Verfügung stehen, um vor Gericht gegen SLAPPs zu kämpfen. Dies untergräbt ihre Fähigkeit, SLAPPs abzuwenden, ihren unseriösen Charakter hervorzuheben und gerichtliche Schikanie durch Unternehmen aufzudecken. Unterdessen haben die meisten Gerichte nur wenige Möglichkeiten, SLAPPs zurückzuweisen, bevor sie in ein vollwertiges Verfahren übergehen, das in der Regel langwierig und kostspielig ist. Die hohen Kosten, die Angeklagten auferlegt werden, um den Fall jahrelang zu verhandeln, und der Stress, sich in einem Rechtsstreit zu befinden und Ermittlungen unterzogen zu werden, können ausreichen, um Menschenrechtsverteidiger*innen zum Schweigen zu bringen, selbst wenn das Verfahren gegen sie letztlich eingestellt wird.

Um SLAPPs wirksam zu bekämpfen – sowohl in Südostasien als auch weltweit – sind solide rechtliche Rahmenbedingungen und Richtlinien nötig, die Unternehmen von vornherein davon abhalten, SLAPPs einzureichen, und die es Gerichten ermöglichen, SLAPPs zu identifizieren, so zu benennen und sie zurückzuweisen, sobald sie eingereicht sind. Damit dies geschehen kann, müssen Regierungen, Unternehmen und Investoren zusammen mit Menschenrechtsverteidiger*innen und der Zivilgesellschaft (und den Anwalt*innen, die sie verteidigen) angesichts dieser wachsenden Bedrohung entschlossen für den Schutz der bürgerlichen Freiheiten und von Menschenrechtsverteidiger*innen eintreten.

Empfehlungen:

Rechtsanwält*innen & die Zivilgesellschaft sollten Verfassungsnormen zur Meinungs-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit nutzen, um gegen SLAPPs vorzugehen, wo es keine Anti-SLAPP-Bestimmungen gibt. Sie sollten auch erwägen, Gegenklagen gegen Unternehmen einzureichen, um Wiedergutmachung von Schäden zu erreichen, sowie Trainings und Aufklärungsprogramme für Anwalt*innen und Richter*innen durchführen, um sie über SLAPP-Taktiken zu informieren. Schließlich sollten sie auf lokaler, regionaler und internationaler Ebene das Bewusstsein für SLAPPs schärfen und in Koalitionen zusammenarbeiten, um diese Bemühungen zu verstärken.

Regierungen sollten Anti-SLAPP-Gesetze erlassen, die SLAPPs definieren, eine frühzeitige Zurückweisung (mit Kostenübernahme für die Verteidigung) solcher Klagen ermöglichen und Missbrauch unter Strafe stellen. Sie sollten das Recht auf Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit von Menschenrechtsverteidiger*innen schützen und fördern, sie unterstützen und darüber hinaus sicherstellen, dass die Justiz SLAPPs kennt und befugt ist, Maßnahmen zu ihrer Zurückweisung zu ergreifen.

Unternehmen sollten von SLAPPs Abstand nehmen und sich verpflichten, die Beteiligung der Öffentlichkeit und kritische Advocacy nicht mit SLAPPs oder anderer Formen der gerichtlichen Schikanie zu unterbinden, und sich zu einer klaren Politik der Nichtvergeltung gegen HRDs und zu einem Null-Toleranz-Ansatz bei Repressalien und Angriffen gegen HRDs bekennen. Sie sollten auch Verfahren der Sorgfaltspflicht zur Verhütung von Schäden und Menschenrechtsverletzungen an Einzelpersonen, Gemeinschaften und der Umwelt einführen, in denen die Risiken für HRDs ausdrücklich anerkannt werden. Globale Marken und nationale Unternehmen können auch gemeinsam handeln, um unseriöse Unternehmen dazu zu drängen, ihre missbräuchlichen SLAPPs, die den gesamten Sektor international in Verruf bringen, fallen zu lassen.



Investoren sollten eine strenge Sorgfaltsprüfung vornehmen. Sie sollten die SLAPP-Vorgeschichte von Unternehmen überprüfen und Investitionen in Unternehmen mit einer SLAPP-„Erfolgsbilanz“ (track record) vermeiden; sie sollten ihre Erwartung kommunizieren, dass Beteiligungsunternehmen keine Klagen mit der Absicht erheben, Kritiker*innen zum Schweigen zu bringen, und sie sollten die Verwendung von SLAPPs kontinuierlich überwachen und konsequent auf der Grundlage ihrer Erkenntnisse handeln. Sie sollten Unternehmen auch dazu ermutigen, sich nicht in Organisationen zu engagieren, die zivilgesellschaftliche Organisationen und einzelne Menschenrechtsverteidiger*innen ins Visier nehmen oder unterlaufen.

Anwaltskammern sollten Ethikkodizes aktualisieren, um sicherzustellen, dass SLAPPs ein sanktionierbares Vergehen sind, und Anwält*innen, die diese missbräuchlichen Taktiken anwenden, sanktionieren/bestrafen.

Rechtliche Entwicklungen

Neue Fallprofile

[Klage gegen FIFA \(wegen Migrantenarbeiter*innen, Katar\)](#): Im Jahr 2016 reichten zwei Gewerkschaftsorganisationen und ein Arbeiter aus Bangladesch in der Schweiz, wo die Organisation ihren Hauptsitz hat, eine Klage gegen die FIFA ein. Sie beschuldigen die FIFA der Mittäterschaft bei Arbeitsrechtsverletzungen an Wanderarbeiter*innen in Katar im Kontext des Kafala-Systems, einem Sponsorensystem für Wanderarbeiter*innen, das von Menschenrechtsgruppen wegen der Ermöglichung von Ausbeutung und Zwangsarbeit kritisiert wird. Im Januar 2017 entschieden die Schweizer Gerichte, dass die Klagen aufgrund ihrer Uneindeutigkeit unzulässig seien.

[Klage gegen Total \(wegen Klimawandel, Frankreich\)](#): Im Januar 2020 reichten mehrere französische NGOs und lokale Behörden eine Klage gegen den Ölkonzern Total in Frankreich ein, die sich auf das *Loi de Vigilance* berief und den Vorwurf erhob, Total habe in seinem *Vigilance Plan* nicht genug detaillierte Informationen zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen gemacht. Die NGOs beantragen, der Gerichtshof solle Total anweisen, seine Treibhausgasemissionen drastisch zu reduzieren. Total erklärte, sein Plan entspreche den Vorgaben des *Loi de Vigilance*.

[WhatsApp-Klage gegen NSO-Group \(wegen Hacking, USA\)](#): Im Oktober 2019 reichte WhatsApp vor einem US-Gericht eine Klage gegen das in Israel ansässige Spähsoftware-Unternehmen NSO Group ein. Die Kläger erheben den Vorwurf, Software und Dienste der NSO Group seien zwischen April 2019 und Mai 2019 dazu benutzt worden, die Konten von 1.400 WhatsApp-Nutzer*innen zu hacken, darunter Menschenrechtsverteidiger*innen und Journalist*innen. WhatsApp erbittet eine dauerhafte Verfügung, die der NSO Group den Zugriff auf sein Computersystem und das seiner Muttergesellschaft Facebook verwehren soll. Außerdem baten die Kläger das Gericht darum festzustellen, dass die NSO Group gegen mehrere Gesetze zu Computerbetrug und -missbrauch verstoßen habe.

[Technoprivod-Klage gegen die NGO Ecoclub \(wegen Verleumdung, Ukraine\)](#): Im Januar 2020 veröffentlichte die NGO Ecoclub einen Bericht, in dem die Umweltauswirkungen einer geplanten Holzverarbeitungsfabrik analysiert wurden, deren Bau Technoprivod Invest Group (einer Tochtergesellschaft des österreichischen Unternehmens Kronospan) genehmigt



worden war. Der Bericht stellte fest, dass durch die Fabrik, wenn sie einmal in Betrieb sei, die zulässige Formaldehydkonzentration in der Luft überschritten werden könnte. Als Reaktion auf den Bericht reichte Technoprivod eine Klage gegen die NGO wegen angeblicher Verleumdung im Zusammenhang mit ihrer Kampagne gegen die geplante Holzverarbeitungsfabrik ein. Das Unternehmen fordert 150.000 UAH (5.000 EUR) wegen Rufschädigung.

Updates zu vorhandenen Fallprofilen

[Klagen gegen Chiquita \(zu Kolumbien\)](#): Im April 2020 reichte EarthRights International als Vertreterin von mehr als 200 kolumbianischen Kläger*innen, deren Familienmitglieder ermordet worden waren oder die selbst Gewalt durch paramilitärische Todesschwadronen erlitten hatten, bei einem US-Bezirksgericht Klage gegen Chiquita Brands International ein. Die Kläger*innen fordern von Chiquita Wiedergutmachung aufgrund des Vorwurfs der Finanzierung paramilitärischer Todesschwadronen.

[Klage gegen Grupo México \(wegen Giftunfall in Mexiko\)](#): Im Januar 2020 entschied der Oberste Gerichtshof Mexikos, dass die Schließung des Fonds für die Gemeinschaft im Sonora-Flussbecken durch die Grupo México rechtswidrig war. Der Fonds war ursprünglich gegründet worden, um die Kosten für die Sanierung von Umwelt und Landwirtschaft zu decken und den von einem Austritt giftigen Metalls im Jahr 2014 betroffenen Gemeinschaften eine Entschädigung für wirtschaftliche Schäden und Gesundheitsprobleme zu gewähren. Das Gericht ordnete die Wiedereröffnung des Fonds an und verfügte, dass Grupo México die Beseitigung der vom Unternehmen verursachten Schäden abschließen müsse.

[Klage gegen Tonkolili Iron Ore \(wegen Mittäterschaft bei Gewalt gegen Dorfbewohner*innen in Sierra Leone\)](#): Im März 2020 bestätigte der Court of Appeal von England und Wales das Urteil des High Courts, dass African Minerals nicht für eine Mittäterschaft bei Polizeiübergriffen in Sierra Leone in den Jahren 2010 und 2012, die mit der Eisenerzmine des Beklagten in Verbindung standen, haftbar sei. Der Richter stellte allerdings fest, dass African Minerals, wenn eine Sorgfaltspflicht bestanden hätte, diese verletzt hätte, weil es anerkannte Mindeststandards aus den Voluntary Principles on Security and Human Rights nicht eingehalten habe.

[Resolute Forest Products-Klagen gegen Greenpeace \(wegen angeblicher Erpressung und Verleumdung durch Umweltorganisationen, USA\)](#): Im April 2020 ordnete ein Richter an einem US-Bezirksgericht an, dass Resolute Forest Products mehr als 800.000 US-Dollar Schadenersatz zahlen müsse, um die Prozesskosten im Zusammenhang mit den abgewiesenen Erpressungsvorwürfen abzudecken. Die Klage war ursprünglich von Resolute Forest Products als Antwort auf die Kritik von Greenpeace an den Umweltauswirkungen der Holzfällpraktiken des Unternehmens in den borealen Gebieten Kanadas eingereicht worden.

[Klage gegen Lundin Petroleum \(wegen Mittäterschaft bei Kriegsverbrechen, Sudan\)](#): Im April 2020 beantragte Lundin Petroleum formell die Einstellung der Ermittlungen im Verfahren gegen das Unternehmen wegen Mittäterschaft an Kriegsverbrechen im Sudan. Das Unternehmen argumentiert, die Ermittlungen des Staatsanwalts verstießen gegen Artikel 6 der Europäischen Menschenrechtskonvention, wonach jeder das Recht auf eine Anhörung innerhalb einer angemessenen Frist habe. Entscheidende Faktoren dafür, was eine „angemessene Frist“ darstellt, sind die Komplexität des Falles und das Verhalten des Antragstellers im Hinblick auf Verzögerungen des Gerichtsverfahrens.

[Klage gegen Waffenhersteller \(wegen Sandy Hook Shooting, USA\)](#): Im März 2020 lehnte ein Richter aus Connecticut den Antrag des Waffenherstellers Remington Outdoor Co. auf



Einsicht der psychologischen Unterlagen und Krankenakten des Sandy Hook-Schützen ab. Das Gericht entschied, dass diese aufgrund von Gesetzen zum Schutz der Patientenprivatsphäre nicht offengelegt werden dürften.

[Klage gegen BHP Biliton & Vale \(wegen Dambruch in Brasilien\)](#): Im April 2020 verschob ein britischer Richter das Verfahren vor dem High Court of Justice von England und Wales aufgrund von Corona-Reisebeschränkungen. Das Verfahren wird voraussichtlich Ende Juli wieder aufgenommen. Die Anhörung wird darüber entscheiden, ob das Bergbauunternehmen in England auf 5 Milliarden Pfund verklagt werden kann.

Weitere rechtliche Neuigkeiten

Covid-19 (Coronavirus)-Gerichtsverfahren

[UK: Union to take legal action against Govt. over failure to protect precarious workers during COVID-19](#)

[Colombia: Court rules that COVID-19 cannot be an excuse not to protect human rights defenders at risk](#)

[France: Amazon closes warehouses following court injunction to limit deliveries to essential products](#)

*Gerichtsverfahren mit Beteiligung von Menschenrechtsverteidiger*innen*

[USA: 29 Nobel Prize Laureates condemn Chevron's alleged judicial harassment against environmental lawyer defending Ecuadorian pollution victims; incl. company statements](#)

[Standing Rock Indigenous water protector sues North Dakota police for abuse of civil rights](#)

Weitere rechtliche Neuigkeiten

[Ecuador: Indigenous peoples affected by spill sue Govt. & oil companies](#)

[USA: Pacific Gas & Electric pleads guilty to manslaughter over wildfire which destroyed 150,000 acres of land in California](#)

[China: Former Shanghai-based employee sues Aldi for firing her after reporting boss's alleged sexual harassment](#)

[Thailand: Patagonia works with supplier to refund recruitment fees illegally charged to migrant workers](#)

Neue Übersetzungen

Auf Spanisch

[Demanda contra TÜV SÜD \(relativa a su papel en el colapso de la presa de Brumadinho\) \[TÜV SÜD lawsuit \(re role in Brumadinho dam collapse\)\]](#)

[Demanda contra Total \(relativa al incumplimiento de la ley francesa sobre el deber de vigilancia en sus actividades en Uganda\) \[Total lawsuit \(re failure to respect French duty of vigilance law in operations in Uganda\)\]](#)



[Demanda de Gloucester Resources \(relativa al impacto de la mina en el cambio climático, Australia\) \[Gloucester Resources lawsuit \(re mine's impact on climate change, Australia\)\]](#)

Auf Französisch

[Résumé du procès Total \(changement climatique, France\)
\[Total lawsuit \(re climate change, France\)\]](#)

Neue Blogs

[Are corporations liable for human rights abuse during COVID-19?](#), Maysa Zorob & Andrea Hearon, Business & Human Rights Resource Centre

[Threat of Annexation should Spur Corporate Human Rights Due Diligence Across Occupied Territories](#), Marya Farah, 4 June 2020

[Der Dambruch von Brumadinho - Wenn Normabweichungen zum Normalzustand werden](#), Claudia Müller-Hoff, 3 June 2020

- Der Blog ist auch auf [Englisch](#) und [Portugiesisch](#) verfügbar.

[Nevsun put Canada's corporate decision makers in the human rights zone](#), Malcolm Rogge, 19 March 2020

Weitere Neuigkeiten

Aus dem Business & Human Rights Resource Centre

[Menschenrechtsverteidiger verteidigen: Strategien gegen juristische Schikanen in Südostasien](#), Rechtliche Unternehmensverantwortung – Jährliches Briefing 2020

- Analyse der rechtlichen Strategien, die von Anwält*innen und Jurist*innen zur erfolgreichen Verteidigung gegen SLAPPs eingesetzt werden; enthält Fallstudien und Empfehlungen
- Zusammenfassung auch auf [Chinesisch](#), [Französisch](#), [Deutsch](#) und [Spanisch](#) erhältlich

[COVID-19 \(Coronavirus\)-Klagen](#)

- Zusammenstellung aktueller Klagen wegen Arbeitsrechtsverletzungen durch Unternehmen während der Pandemie

[Thammakaset-Klagen \(wegen Verleumdung durch Einzelpersonen zu Arbeitsbedingungen, Thailand\)](#)

Neue [Erkenntnisse von Jurist*innen](#) zu ihrer Arbeit im Bereich der rechtlichen Unternehmensverantwortung:

- [Gearóid Ó Cuinn](#), Director, Global Action Network (GLAN) (Ireland) betont, dass es von entscheidender Bedeutung sei, eng mit den betroffenen Gemeinschaften zusammenzuarbeiten, um ihre bereits bestehenden Bemühungen zu unterstützen und Wirkungen über den rechtlichen Bereich hinaus zu erzielen.



- [Charity Ryerson](#), Executive Director, Corporate Accountability Lab (USA) über innovative Strategien, etwa die umfunktionierte Anwendung von extraterritorial wirkenden Gesetzen, die normalerweise nicht für den Schutz der Menschenrechte herangezogen werden (Handelsgesetze), um die Frage der extraterritorialen Anwendung und Durchsetzbarkeit vor inländischen Gerichten zu lösen
- [Krishnendu Mukherjee](#), Barrister, Doughty Street Chambers (UK) über die Schwierigkeiten, über schwächere Rechtssysteme Gerechtigkeit zu erlangen, als eine der Kernherausforderungen in der Arbeit zu rechtlicher Unternehmensverantwortung

Berichte, Artikel & Orientierungshilfen von führenden Expert*innen & Organisationen

[See you in court: a rise in legal attacks against rights defenders aims to silence corporate critics](#), Equal Times, 8 June 2020

- Auch in [Spanisch](#) & [Französisch](#) verfügbar

[ARP III Main Report & Explanatory Addendum : Enhancing effectiveness of non-State-based grievance mechanisms in cases of business-related human rights abuse](#), United Nations Office of the High Commissioner for Human Rights, June 2020

[Digital contact tracing for the Covid-19 epidemic: a business and human rights perspective](#), International Bar Association, June 2020

[Climate Litigation Resource Landing Page](#), Leave it in the Ground Initiative, 1 June 2020

[Business and human rights in occupied territory: guidance for upholding human rights](#), Al-Haq & Global Legal Action Network, 10 May 2020

[Navigating the changing business and human rights legal landscape](#), Global Business Initiative & Clifford Chance, 1 May 2020

[What does it mean when the whole world just learned about how important supply chains are?](#) JD Supra, 23 Apr 2020

[A guide: Using U.S. courts to obtain information for foreign legal cases](#), Earth Rights & Corporate Accountability Lab, 21 Apr 2020

[Withhold release orders, in three acts: Heralding a new enforcement era](#), The Human Trafficking Legal Center, 8 Apr 2020

[National human rights institutions and access to remedy in business and human rights](#), Danish Institute for Human Rights, 30 Mar 2020

[Corporate duty to prevent human rights impacts- A way forward for UK Legislation?](#), Cambridge Core Blog, 26 Mar 2020

[Crossing the Rubicon: Major developments on the human rights obligations of corporations](#), Just Security, 12 Mar 2020

[Report of the IACHR on business and human rights: towards the Inter-Americanization of business and human rights](#), University of Ottawa, 24 Feb 2020